

Bedarfsrecherche zu Schutzangeboten für wohnungslose und drogenabhängige Frauen in der Stadt Bremen

Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Hetav Tek, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Frauen gehören in der Stadt Bremen zur Zielgruppe eines im Rahmen des Bremer Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention seit 2022 verfolgten Konzepts: „Schaffung neuer Schutzangebote für wohnungslose, psychisch kranke, suchtmittelkonsumierende sowie sich prostituierende Frauen, die Gewalt erlebt haben“?
2. Wie viele Interviews wurden mit diesen zur Zielgruppe gehörenden Frauen im Rahmen des seit 2022 laufenden und mit 45 000 Euro pro Jahr finanzierten Projekts zur Bedarfsrecherche bis dato durchgeführt?
3. Welche konkreten Bedarfe, Angebote und Angebotslücken bestehen im Fördersystem von Schutzangeboten für diese Frauen heute?

Zu Frage 1:

Eine Schätzung im Jahr 2016 ergab für das Bundesland Bremen 3745 Personen mit einer Opiatabhängigkeit. Daraus lässt sich die Anzahl von rund 750 in der Stadt Bremen lebenden Frauen mit einer entsprechenden Erkrankung zu diesem Zeitpunkt ableiten. Seitdem hat sich die Konsumproblematik jedoch durch das verstärkte Aufkommen von Crack deutlich erhöht, so dass aktuell mit einer höheren Betroffenheit von einer schweren Abhängigkeitserkrankung von bis zu 1000 Frauen in Bremen zu rechnen ist. In der offenen Drogenszene der Stadt sind rund 25 Prozent der Konsumierenden weiblich.

Das Epidemiologische Suchtsurvey aus dem Jahr 2021 beziffert die 12 Monats-Prävalenz des Konsums von Heroin oder anderen Opiaten bei Frauen im Alter von 18 bis 64 Jahren mit 2,1 Prozent und des problematischen Konsums von Kokain oder Crack mit 2,0 Prozent. Dies betrifft demnach jeweils rund dreieinhalbtausend Frauen mit einem hohen Risiko zu einer Abhängigkeitserkrankung, wobei sich die beiden Konsumierenden-Gruppen deutlich überschneiden.

Obdachlose, drogenabhängige und sich prostituierende Frauen haben einen besonderen Schutzbedarf. Denn sie sind überproportional, d.h. bis zu 70 Prozent, von Ausbeutung, sexueller Gewalt oder psychischem Missbrauch betroffen. Dies betrifft sowohl traumatische Erfahrungen in frühen Lebensjahren als auch ein fünfmal höheres Risiko zu Gewalt-Erfahrungen während der Lebensumstände im Rahmen der Abhängigkeitserkrankung bzw. des Lebens auf der patriarchalisch geprägten Drogen-Szene. Nachdem Beschaffungsprostitution viele Jahre relativ unsichtbar geworden war, ist sie aktuell wieder deutlich wahrnehmbar.

Damit geht einher, dass bis zu 80 Prozent der suchtkranken Frauen zusätzlich an einer anderen psychischen Erkrankung wie Traumafolgestörungen, Depressionen und Angststörungen leiden. Gewalterleben kann zu prekären Lebenslagen beitragen. So besteht ein erhöhtes Risiko zu Wohnungslosigkeit, die häufig verdeckt ist. Denn viele

Frauen vermeiden durch Eingehen von Abhängigkeitsverhältnissen Obdachlosigkeit, wodurch sich auch das Risiko von häuslicher Gewalt erhöht.

Die potentielle Zielgruppe des Projektes ist also relativ groß, allerdings braucht es geduldige niedrigschwellige Kontaktarbeit, um das notwendige Vertrauen betroffener Frauen zur Inanspruchnahme von Hilfen zu bekommen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Frauen die Gewalt oft nicht als solche benennen, sondern mit dieser Art des Umgangs aufgrund ihrer biografischen Belastungen in Kindheit, Jugend oder aktuellen Beziehungen so vertraut sind, dass sie dem oft nichts entgegensetzen können, sondern die Schuld bei sich suchen. Überlegungen zum Umgang damit werden im Konzept erörtert.

Ziel des geplanten Angebotes ist die Gewährung eines Schutzraums mit schneller voraussetzungsloser und unbürokratischer Unterstützung und Grundversorgung sowie Beratungs- und Weitervermittlungsangeboten.

Zu Frage 2:

Das Projekt Schaffung neuer Schutzangebote für Frauen in prekären Lebenslagen umfasst folgende Maßnahmen:

Zum einen erfolgt Bedarfsanalyse der oben genannten Zielgruppe zur Inanspruchnahme von Hilfen zum Gewaltschutz auf Grundlage der bisherigen Vorarbeiten, z. B. Erkenntnisse aus Fachtagen in Bremen und allgemeiner wissenschaftlicher Erkenntnisse. Hierzu wurden bisher 7 ausführliche qualitative Zielgruppeninterviews und 15 Expert*innen-Interviews sowie quantitative Befragungen mit potentiellen Nutzer:innen durchgeführt und werden nun zusammengeführt und ausgewertet. Außerdem wurden überregionale Einrichtungen mit einer ähnlichen Ausrichtung wie das geplante Projekt besucht und deren Expertise exploriert.

Zudem erfolgt eine Bestandsaufnahme vorhandener Gewaltschutz-Angebote für Frauen und angrenzender Angebote in Bremen. Deren Erreichbarkeiten und dazugehöriger Schnittstellen werden systematisch erhoben.

Weiter sollen die systematische Netzwerkarbeit mit den relevanten Einrichtungen zur Sicherstellung des Gewaltschutzes für die besonders vulnerablen Frauen gefestigt und Vorschläge für ein effektives Schnittstellenmanagement entwickelt werden.

Als eine erste Maßnahme, die in den bestehenden Strukturen schnell umgesetzt werden kann, wurde in Zusammenarbeit mit anderen frauenspezifischen Angeboten des Trägers das „Café ohne Männer“ initiiert, das an zwei Tagen in der Woche nachmittags im Kontakt- und Beratungszentrum ausgerichtet wird. Das Café stellt den „safe space“ dar, in dem viele Frauen erst-mals von Gewalterlebnissen und Sexarbeit berichten. Im Bedarfsfall erfolgt eine Krisenintervention. Kontakte mit den Frauen, die sich über das Streetwork ergeben, können hier verfestigt werden und in Hilfestellungen bei bürokratischen Angelegenheiten münden. Mittlerweile wird das Angebot auch von Frauen genutzt, auf die das Merkmal Suchtmittelkonsum nicht zutrifft, sondern Wohnungslosigkeit und eine psychische Erkrankung.

Das finale Konzept für ein Schutzangebot für Frauen in prekären Lebenslagen auf Grundlage der gemachten Erhebungen wird im Dezember 2024 erwartet.

Zu Frage 3:

In Bremen wurden bereits besondere Projekte für Frauen geschaffen, jedoch ohne direkten Bezug zum Gewaltschutz: im ambulanten Bereich das Ergänzende Methadonprojekt Frauen „EMP-Frauen“ mit dem Schwerpunkt Substitution und psychosoziale Begleitung für 50 Frauen sowie das Projekt „Eltern PLUS“ zur Begleitung von Schwangeren und Eltern mit Kindern im Alter bis zu 2 Jahren mit der Schwerpunkt Stärkung des Kindeswohls. Seit 2022 gibt es das Gewaltschutz- Streetwork-Projekt „Fine“, das sich gezielt an von Gewalt bedrohte drogenabhängige Frauen auf der

Drogenszene bzw. in der Beschaffungsprostitution richtet. Zudem existiert ein spezielles Wohnprojekt für drogenabhängige Frauen in der vergleichsweise hochschwelligem Eingliederungshilfe.

Psychisch kranke, drogenabhängige, wohnungslose und sich in der Prostitution befindliche Frauen treten nicht entsprechend ihrer Gewaltbetroffenheit in den Gewalt-Fachberatungsstellen in Erscheinung.

In den Frauenhäusern fehlen bundesweit Ressourcen für angemessene Angebote unter anderem für Frauen mit Drogenabhängigkeit. Dies ist auch im Land Bremen so. Die bestehenden Schutzräume für Frauen, beispielweise das Frauenhaus, oder die Notunterkunft für Frauen in der Abtentorstraße sind für illegale Substanzen konsumierende Frauen nicht ausgerichtet, ebenso wie das Haus Herdentor für psychisch kranke wohnungslose Menschen oder das Projekt Housing first, das auch keinen zusätzlichen Schutz über die Wohngelegenheit hinaus bietet. Die beiden Drogennotunterkünfte in Bremen nehmen zwar Frauen auf, dort sind sie jedoch unter überwiegend männlichen Bewohnern untergebracht.

Somit fehlen frauenspezifische und sichere niedrighschwellige Schutzunterkünfte für diese besonders vulnerablen Frauen. Eine weitere Schutzlücke besteht für Frauen, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Dies zeigt sich insbesondere in den Abendstunden bzw. nachts, da die regulären Notunterkünfte ab 23:00 Uhr nicht mehr zugänglich sind. Diese bieten zudem keinen geschlechtsspezifischen Schutzraum. Auch verläuft dieser Umstand konträr zu den Arbeitsbedingungen von Frauen, die nachts der Sexarbeit nachgehen.

Erste Ergebnisse der Bedarfsanalyse deuten darauf hin, dass nicht nur die Bereitstellung von geschützter Unterkunft, sondern auch ein niedrighschwelliges Angebot für kurzfristige geschützte Aufenthalte und Ruhemöglichkeiten bzw Notschlafplätze ohne Bürokratie und Wartezeit ausschließlich für Frauen mit Öffnungszeit 24/7 in Szenenähe als hilfreich und unterstützend angesehen werden.